

Deutschland auf grünem Anti-Atomkurs – Wie Japan das Gegenteil verfolgt

Welt, 19.09.2024, Christoph Lemmer

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus253401566/Deutschland-auf-gruenem-Anti-Atomkurs-Wie-Japan-das-Gegenteil-verfolgt.html?cachebuster=true>

Kurz nach der AKW-Katastrophe im japanischen Fukushima 2011 verkündet die Kanzlerin das Aus der Atomkraft. Seitdem ist Deutschland unbeirrt auf diesem Weg unterwegs, heute maßgeblich vorangetrieben von den Grünen. Japan wiederum steuert in die gegensätzliche Richtung. Wie ein Besuch vor Ort zeigt.

Der Supermarkt ist geschlossen. Das heruntergelassene Rolltor mit der Aufschrift „Family Shop Wataya“ ist von der Sonne ausgebleicht. Das „S“ von „Shop“ darüber hängt verloren an der Seitenwand. Der Buchladen ein paar Straßen weiter ist halb verfallen. Einrichtung und Ware liegen wild verstreut auf dem Boden, eingestaubt, seit inzwischen 13 Jahren, leicht vermodert. Die Häuser ringsum sind zerstört, halb oder vollständig zusammengefallen und verlassen. Aus einem früheren Eigenheim wächst ein Baum. Büsche haben eine Seitenwand zerteilt.

Futaba in der japanischen Präfektur Fukushima ist fast eine Geisterstadt. Aber es gibt dort auch Hoffnungszeichen. Ein Trupp Arbeiter erneuert eine Straße. Ein neues Einfamilienhaus wird gerade fertiggestellt, ein Makler preist ein anderes mit dem Slogan an: „Restart“ – Neustart.

Futaba liegt innerhalb der Zehn-Kilometer-Zone und damit unmittelbar neben dem zerstörten Kernkraftwerk Fukushima Daiichi. Am 11. März 2011 verwüsteten das mit Stärke 9 stärkste je gemessene Erdbeben in Japan und ein davon ausgelöster Tsunami den Ort und das Gebiet ringsum.

Die Zerstörungen sind großteils bis heute nicht beseitigt. Futaba gehört zu den Orten, die erst jetzt als letzte wieder zum Leben erwachen. Erst im August 2022 durften Menschen hierher zurückkehren, wie die japanische Zeitung „Asahi“ berichtet. Das Stadtgebiet ist als Zone eingestuft, in die die Rückkehr als schwierig gilt („Difficult-to-Return Zone“). Den Stadtkern um den Bahnhof hat die Regierung als Schwerpunkt für die Erneuerung festgelegt. In diesem Teil lebten vor dem Unglück 60 Prozent der Stadtbevölkerung.

Der Westen, vor allem Deutschland, verbindet mit dem Schlagwort Fukushima allerdings weniger das „große ostjapanische Erdbeben“ – Tohoku-Beben, wie es in Japan genannt wird –, sondern vor allem den GAU im Kernkraftwerk. Nur ist der für die schweren Schäden auch in unmittelbarer Nähe gar nicht verantwortlich – weder die Explosionen in den Kraftwerksblöcken noch die ausgetretene Strahlung.

Das ist insofern paradox, als weltweit, auch in Japan selbst, der AKW-Gau in Medien und in den Ängsten vieler Menschen die Hauptsorge darstellte. Allerdings trieb es kein Land damit so weit wie Deutschland.

Nur drei Tage nach der Katastrophe verkündete Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das endgültige Aus für die Kernkraft in der Bundesrepublik. Sämtliche Medien hatten in den Tagen die Fukushima-Katastrophe als nukleare Apokalypse geschildert. Bei der Berichterstattung über die Toten – nach letzter Zählung 19.500 – wurde kaum

unterschieden zwischen Opfern des Erdbebens und Tsunamis und möglichen Nuklearopfern.

„Die Ereignisse in Japan lehrten uns, dass Risiken, die für absolut unwahrscheinlich gehalten wurden, doch nicht vollends unwahrscheinlich sind“, begründete Merkel ihr Vorgehen. Das brachte ihr politisch Vorteile: Ein Dauer-Streitthema mit den Grünen war abgeräumt, für die der Atomausstieg ein Gründungsmythos ist. Die Folgen dieser Entscheidung wirken bis heute gravierend nach.

Japan auf dem Weg zurück zur Kernenergie

Auch in Japan stand die Nutzung der Kernenergie nach der Katastrophe in Fukushima vorübergehend auf der Kippe. Die damalige Mitte-links-Regierung beschloss den Ausstieg, die konservativen Nachfolger nahmen den aber zurück. Nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine, als die Energiepreise anstiegen, besann sich Japan um. Zwölf Reaktorblöcke sind bis heute in Betrieb, vor dem Krieg waren es zehn. Weitere stillgelegte Reaktoren sollen schnell reaktiviert werden.

Langfristig sollen neue, moderne Kernkraftwerke gebaut werden. Auch die Bevölkerung scheint der Kernkraft wieder wohlgesonnener. Nach einer Umfrage von „Asahi“ aus dem Februar befürworteten 51 Prozent der Japaner, Reaktoren wieder hochzufahren. 35 Prozent sind dagegen, der Rest unentschieden.

Deutschland bleibt dagegen weiter auf Anti-Atomkurs. Das grün geführte Bundeswirtschaftsministerium und die Bundesnetzagentur planen stattdessen ein „neues Strommarkt-Design“, bei dem Strom je nach Wetterlage aus Wind und Sonne ins Netz gespeist wird.

Dabei hat sich auch in Deutschland die Stimmung schon lange gedreht. Als vergangenes Jahr die letzten drei deutschen AKW vom Netz gingen, empfanden das 59 Prozent als falsch. Schon vorher war spürbar, dass die Grünen mit ihrer Anti-Atompolitik nicht mehr den Trend bestimmen. Die Partei fing sich für eine Stellungnahme zum zehnten Jahrestag des Unglücks 2011 einen Shitstorm ein, als sie behauptete, die Toten seien Opfer des Nuklearunglücks und nicht des Erdbebens.

Auf der Plattform X (Twitter) löschte sie ihren Eintrag und ersetzte ihn durch eine Korrektur. Statt „gestorben“ seien nur „Zehntausende Menschen zu Schaden gekommen“, und zwar bei der „Katastrophe von Fukushima“ – wobei die Grünen auch in ihrer Korrektur nicht klarstellen, was genau gemeint ist.

Nach Wasserstoffexplosionen in dreien der sechs Reaktorblöcke waren große Mengen radioaktiven Cäsiums ausgetreten. Die japanischen Behörden ließen Millionen Tonnen kontaminierten Boden abtragen und ersetzen. Vom Kraftwerk steht heute nur noch eine Ruine. Es wurde komplett aufgegeben. Die Beseitigung des Gebäudes dauert bis heute an.

Millionen Tonnen radioaktives Wasser, mit dem die Betreiber die havarierten Reaktoren kühlten, werden schrittweise gefiltert ins Meer geleitet – mit Einverständnis der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA und Experten des Nachbarn Südkorea, die nach Untersuchungen keine Bedenken äußerten.

Straßen und Fußwege von Futaba Richtung ehemaliger Kraftwerksanlage sind gesperrt. Die meisten Sperren werden von Uniformierten des japanischen Umweltministeriums bewacht. Fotografieren ist an den Sperren verboten – ungewohnt für japanische Verhältnisse.

Vor einigen Jahren wurde in Nakano, dem östlichen Stadtteil von Futaba an der Pazifikküste, ein Museum eröffnet, das den Verlauf und die Folgen der Gesamtkatastrophe dokumentiert. In einer Multimedia-Vorführung und auf Schautafeln wird dabei auch auf „indirekte Effekte, verursacht durch schädliche Gerüchte“ verwiesen, etwa derart, die in der Präfektur Fukushima produzierten Lebensmittel – Reis, Obst, Fisch, Fleisch – seien radioaktiv kontaminiert. Das stimmt aber nicht. Alle Grenzwerte würden eingehalten. Es gebe keine höheren Belastungen als andernorts. Zum Beleg werden Messreihen gezeigt, die auch im Internet abrufbar sind.

Vor dem Museum hat die Präfektur eine Strahlenmessstation aufgebaut. Die Anzeige steht bei 0,042. Was sie bedeutet, erklärt auf Anfrage der Leiter des Geschäftsbereichs Sicherheit und Strahlenschutz am Forschungszentrum Jülich, Burkhard Heuel-Fabianek.

Nach Ansicht eines Fotos der Messstation in Futaba sagt er: „Der Anzeigewert von 0,042 microGv/h entspricht umgerechnet 0,37 mSv/Jahr.“ Das ist wenig. „Da hier offensichtlich im Freien gemessen wird, lässt sich der gemessene Wert von 0,042 microGy/h (=0,37 mSv/Jahr) mit der äußeren Strahlenexposition (Durchschnitt: 0,7 mSv/Jahr) vergleichen. Der gemessene Wert liegt darunter. Daher besteht bei diesem Wert kein Anlass zur Sorge.“